



Herstellungskosten des Abonnementpreises in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anfertigungskosten für den Raum einer fünfzehnteiligen Seite in Beträg 1/4 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 234. Mittags-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 21. Mai 1862.

### Telegraphische Nachrichten.

**Turin, 19. Mai.** Die Oesterreicher haben die Garbafsee-Linie militärisch besetzt; bereits am 15. hatten dieselben Vorsichtsmaßregeln getroffen.

**Wien, 20. Mai, Vormittags.** Der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses hat in seiner gestrigen Plenarsitzung beschloffen, die Einkommensteuer für das Verwaltungsjahr 1862 auf 10 Procent zu erhöhen.

**London, 20. Mai, Vormitt.** Die heutige „Morningpost“ sagt, die Stellung, welche Frankreich in der mexikanischen Angelegenheit einnehme, sei eine Verletzung des londoner Vertrages. Die „Morningpost“ hofft, daß Napoleon das Unpassende seiner isolirten Handlung einsehen und das Expeditionscorps so bald als möglich zurückberufen werde.

**Madrid, 19. Mai.** In der heutigen Sitzung der Cortes wurde der Antrag gestellt, dem Ministerium ein Tadelvotum in Bezug auf sein Verhalten in der mexikanischen Sache auszusprechen. Das Ministerium bekämpfte diesen Antrag, sprach sich billigend über das allgemeine Verhalten des spanischen Bevollmächtigten aus und versprach Mittheilung darüber zu gelegener Zeit zu machen; in Folge dessen wurde der Antrag zurückgezogen.

**Paris, 19. Mai.** General Goyon ist gestern, am 18ten, aus Rom abgereist. (Bereits von der Pres. g. gemeldet.) Die beabsichtigte Salzsteuer ist zurückgezogen; statt dessen sollen Ermäßigungen in den Ausgaben eintreten, und zwar zum Belauf von 6 Millionen im Kriegs-Budget, zum Belauf von 5 Millionen bei der Marine, und zum Belauf von 1 Million im Budget des Ministeriums des Innern. Auch von der Abgabe von Fac-turen wird abgesehen.

**Paris, 19. Mai.** Die ministerielle „Epoca“ von Madrid meldet: General Prim und die Engländer hätten erklärt, aus Mexico abzuziehen zu wollen, weil sie nicht beabsichtigten, den Franzosen mit den Waffen in der Hand Widerstand zu leisten, aber eben so wenig einem Kampfe beiwohnen könnten, dem es an jedem Motive fehle.

### Preußen.

#### Landtags-Verhandlungen.

##### 11. Sitzung des Herrenhauses.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung bald nach 2 Uhr. Am Ministerisch: Prinz Hohenlohe, Graf zur Lippe, Graf Jzemplis. Die Tribünen sind sehr spärlich besetzt.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen und Vereidigung der beiden neu eingetretenen Mitglieder Herzog von Croÿ und Fürst Sayn-Wittgenstein-Verleberg geht das Haus zur Wahl des ersten Vice-Präsidenten über. Abgegebene sind 125 Stimmsettel. Die absolute Majorität beträgt 63. Hr. v. Franckenberg-Ludwigsdorf erhält 63 Stimmen, also die absolute Majorität, Herzog v. Ujest 47 Stimmen, Herzog v. Ratibor 13 Stimmen, Brügemann 1, Graf v. Westphalen 1 Stimme. Herr von Franckenberg-Ludwigsdorf nimmt mit einigen dankenden Worten die Wahl an. — An Stelle des aus der Grundsteuer-Control-Commission ausgeschiedenen Grafen Jzemplis wird Graf Arnim-Boysenburg mit 110 von 125 Stimmen zum Mitglied derselben gewählt. Außerdem sind neu zu wählen die drei Mitglieder der Staatsschulden-Commission, deren Mandat je 3 Jahre währt. Die bisherigen Mitglieder waren Graf Jzemplis, Graf Arnim-Boysenburg und Krausnick. Es werden gewählt die Herren v. Naabe, Graf Arnim-Boysenburg und v. Buddenbrock mit überwiegender Majorität. Nächste Sitzung unbestimmt.

Die Abtheilungen des Hauses der Abg. haben sich heut constituirt:

Abth. Vorsitzender.	Stellv. d. Vors.	Schriftführer.	Stellv. d. Schriftf.
I. Stavenhagen.	v. Frottenberg.	Bannier.	zur Negebe.
II. Waldeck.	v. Bodum-Dolffs.	Parisius (Garde-Meibauer.)	legen.)
III. Harfort.	v. Röhne (Glog.)	Afmann.	Larz.
IV. Tschow.	Schulz (Herford).	Krieger (Potsd.).	Kühlwein.
V. Taddel.	Leue (Gummers- Leue (Salzwedel.)	Haade (Stendal.)	bach).
VI. v. Carlowitz.	v. Röhne (Soling.)	Fliegel.	Wassenge (Laub.)
VII. v. Sauten-Ju- lisenfelde.	Frech.	Karsten.	Senff.

Die Abtheilungen werden morgen um 10 Uhr Sitzung halten; um 2 Uhr ist eine Plenarsitzung zu den ersten Wahlprüfungen angesetzt.

Die Fraction Bodum-Dolffs zählt bereits 74 Mitglieder; sie hat sich theils durch bisherige Mitglieder der Fraction Grabow, theils durch neue Abgeordnete verstärkt. — Die ehemalige Fraction Schmelzer hat gestern definitiv beschloffen, der deutschen Fortschrittspartei förmlich beizutreten; nur zwei Mitglieder derselben haben sich ihre Entscheidung vorbehalten.

**Berlin, 20. Mai.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem evangelischen Pfarrer Dr. Wellmann zu Posenitz im Kreise Rügen den rothen Adler-Orden 4. Klasse, dem Geh. Regierungs- und Bau Rath Delke zu Regnitz und dem Leibarzt des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen Durchl. Geh. Medizinalrath Dr. v. Bloedau zu Sondershausen, den egl. Kronen-Orden 3. Klasse, sowie dem Regierungs-Kanzleidiener Teuchert zu Köln das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. (St.-Anz.)

**Berlin, 20. Mai.** [Antwort auf eine Beileidsadresse. — Die Börse.] Auf die von einer Anzahl von Bürgern aus Eberfeld und Barmen jüngst aus Anlaß des letzten Wahlergebnisses an Herr v. d. Heydt gerichtete Adresse ist das folgende Antwortschreiben zu Händen des ersten Unterzeichners eingetroffen:

„Die gefällige Zuschrift, welche Euer ic. vereint mit so vielen achtungswürdigen Bürgern der Städte Eberfeld und Barmen an mich zu richten die Güte hatten, hat mir eine große Freude bereitet und verpflichtet mich zu aufrichtigem Danke.

„Nachdem mir seit mehr als 20 Jahren die politische Betretung meiner Vaterstadt und des dortigen Wahlkreises bei dem Provinzial-Landtag und demnächst bei dem Landtage der Monarchie anvertraut gewesen ist, hat mich, wie Sie mit mir empfunden haben, der jüngste Ausgang der Wahlen schmerzlich berühren müssen.

„Um so mehr finde ich in der Theilnahme und Anhänglichkeit, welche Sie mir aussprechen, eine Genugthuung und eine Stärkung.

„Ich kann es mir nicht verjagen, hierfür so wie für alle freundlich dargebrachten Wünsche Euer ic. und den übrigen geehrten Herren meinen tief gefühlten Dank hiermit auszusprechen.

Berlin, den 17. Mai 1862. v. d. Heydt, Staatsminister.“

Die Börse hat heute die Nachrichten von dem Abgange eines Ultimatum's nach Kassel und von einem österreichischen Protest gegen das selbstständige Vorgehen Preußens in der kurhessischen Angelegenheit nicht ohne tiefgehende Befürchtungen aufgenommen. Da die zweitägige Frist, welche dem Kurfürsten seitens der preussischen Regierung schon am Sonnabend gestellt sein soll, bereits abgelaufen wäre, so erwartet man den Beginn der militärischen Action schon in sehr naher Zeit. Eine Depesche aus Kassel meldet überdies die Abweisung des preussischen Ultimatum's und kündigt die bevorstehende Abreise des diesseitigen Gesandten an.

**Berlin, 20. Mai.** [Gerüchte in Bezug auf das Ministerium und die kurhessische Frage.] Die „B. B. Z.“ schreibt: Die Börse ist naturgemäß der Sammelplatz der politischen Gerüchte,

und wenn dieselben sich auch hin und wieder als verfrüht erweisen, so verdienen sie doch wenigstens in so weit alle Beachtung, als sie die Stimmung in dem wohlthätenden Theile der Nation wieder spiegeln. Eben deshalb werden wir auch fortfahren, den Gerüchten Ausdruck zu geben. In erster Reihe erwähnen wir demnach heute des Gerüchtes, daß der Prinz Hohenlohe gestern wiederholt auf sein Entlassungsgesuch zurück gekommen sei. Der Prinz habe, so wurde erzählt, erkannt und erklärt, daß er mit seiner schlichten politischen Bildung durch die gegenwärtigen inneren und äußeren politischen Verwickelungen sich nicht hindurch zu winden vermöge, und daß seine gegenwärtige hohe Stellung weder seinen Wünschen noch seinen Neigungen entspreche, er es vielmehr vorziehe, in die Ruhe des Privatlebens sich zurückzuziehen. Se. Majestät der König habe darauf, wurde weiter erzählt, sich entschlossen, den Wünschen des Prinzen nachzugeben und den bisherigen Gesandten in Petersburg, Hr. v. Bismark-Schönhäuser, welcher bekanntlich seit einigen Tagen hier weilte, und schon mehrfach mit den Plänen in Bezug auf das Kabinett in Verbindung gebracht wurde, zu sich entboten, um ihn zu beauftragen, der Situation entsprechende Vorschläge zu machen. — Ein anderes Gerücht wollte wissen, daß der Einmarsch preussischer Truppen in Kurhessen eine fest beschlossene Sache sei, und daß man sich hier auch nicht von dem Entschlusse abbringen lassen werde, wenn etwa von Frankfurt aus Proteste dagegen erhoben werden möchten, die man andeutete. In Bezug auf dieses Gerücht glauben wir jedoch bemerken zu müssen, daß dasselbe mehr aus dem Gefühl hervorgegangen zu sein scheint, daß Preußen den Thronerzungen gegenüber handeln müsse, wenn für die Verstärkung seiner Heereskraft überhaupt noch irgend ein Grund bestehen bleiben soll. Die dem General Willisen gebotenen Beleidigungen sind allerdings zu schwer, als daß sie ohne die eclatanteste Genugthuung hingenommen werden könnten. Ein drittes Gerücht endlich wurde auf telegraphischem Wege von Wien aus gemeldet. Es soll nämlich ein Geschwader der nordamerikanischen Union plötzlich vor Vera Cruz erschienen sein, vermuthlich um der früheren Erklärung des Präsidenten Lincoln, er werde Mexico einer Intervention der europäischen Mächte gegenüber schützen, den entsprechenden Nachdruck zu geben.

**Berlin, 20. Mai.** [Vom Hofe.] Se. Majestät der König besichtigten heute Morgen auf dem bornstädter Felde bei Potsdam die I. Garde-Kavallerie-Brigade, und nahmen nachher in Schloß Babelsberg den Vortrag des General-Lieutenants und General-Adjutanten Freiherrn v. Manteuffel entgegen. — Ihre Majestät die Königin-Wittve empfingen heute Mittag auf Schloß Sanssouci den königl. Gesandten Herrn v. Bismark-Schönhäuser, Nachmittags den Chef der ostasiatischen Mission, Grafen zu Eulenburg, so wie den Flügel-Adjutanten Grafen v. Kanitz, welche Herren gleichzeitig auch mit einer Einladung zur Tafel beehrt waren. — Der Finanzminister Hr. v. d. Heydt hat sich heute Vormittag von den Directoren und Räten des Handelsministeriums verabschiedet und zugleich den neuen Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Herrn v. Holzbrinck, eingeführt, welcher sich darauf die sämtlichen Herren vorstellen ließ. Herr v. Holzbrinck, der im Hotel de Rome abgeflogen war, hat heute seine Wohnung im Handelsministerium genommen. — Der königliche Gesandte am Hofe zu München, Graf v. Perponcher, ist gestern von dort hier eingetroffen.

\* **Königsberg, 20. Mai.** [Die Ablehnung Jacoby's] wird heut auch von der „K. S. Z.“ bestätigt; sie schreibt: Am Sonntag langte die an Dr. Johann Jacoby abgeordnete Deputation der Wahlmänner des zweiten berliner Wahlbezirks (bestehend aus dem Justizrath Volkmann, dem Stadtverordneten Devereux, dem Kaufmann Mittler und dem Fabrikanten Blumenthal) mit dem Schnellzuge hier an und wurde auf dem Bahnhofe von einer Anzahl Parteigenossen und Freunden des Dr. Jacoby aufs Herzlichste empfangen. An demselben und dem darauf folgenden Tage fanden mehrfache freundschaftliche Besprechungen zwischen den genannten Herren und Dr. Jacoby statt, als deren Ergebnis wir vorab mittheilen können, daß der Gewählte unter der Versicherung seines herzlichsten Dankes für die ihm seitens der Wahlmannschaft des zweiten berliner Wahlbezirks erwiesene Ehre das ihm angetragene Mandat abgelehnt hat.

**Mühlhausen, 17. Mai.** [Die Gresse.] Gestern ist die dritte Schaar, bestehend aus 13 Mann, welche sich bei den Vorfällen am 28. April, sei es durch Thaten, sei es durch Aufreizungen betheilig hatten, wiederum nach den Gefängnissen von Pr.-Holland und Mührungen abgeführt worden. Heute folgte die 4. Abtheilung, bestehend aus 5 Mann, und unter diesen auch der bekannte Flügeladjutant des Bürgermeisters Fritsch, welcher seine Agitationen dadurch rechtfertigte, daß er, wie die ganze Stadt weiß, seit mehr als 3 Monaten nie im nüchternen Zustande gewesen wäre. — Die gerichtliche Untersuchung ist aber damit noch nicht abgeschlossen; es werden noch immer Zeugen von dem Untersuchungsrichter vernommen und es könnten noch sehr leicht mehrere Verhaftungen erfolgen. — Zu dem nächsten Schwurgerichte wird man in Mührungen halb Mühlhausen, sei es als Angeklagte, sei es als Zeugen sehen können. — Dem Fabeldichter in Elbing und seinem dienstbefähigten Gesellen in Herrendorf haben die Kaufleute in Mühlhausen die kürzeste profaische Antwort auf ihre Artikel über Mühlhausen gegeben. Dieselben haben nämlich kurz und rund in voller Einkünmigkeit alle Exemplare der Elbinger Anzeigen abbestellt, um solche nicht weiter zu lesen, und um nicht mit ihrem Gelde Fabeln verbreiten zu helfen. (K. S. Z.)

### Deutschland.

**Frankfurt a. M., 18. Mai.** [Zur holstein-lauenburgischen Angelegenheit.] In der Bundestags-Sitzung vom 1. d. machten die Gesandten von Oesterreich und Preußen folgende Mittheilung: „Die Gesandten sind beauftragt, der hohen Bundesversammlung anzuzeigen, daß ihre allerhöchsten Regierungen, dem im Bundesbeschlusse vom 27. März d. J. enthaltenen Erlausen entsprechend, die respectiven in Kopenhagen beglaubigten Gesandten beauftragt haben, dem königl. dänischen Kabinete gleichlautende Noten zu übergeben, um mittelst derselben den Wortlaut des von der hohen Bundesversammlung in der Sitzung vom 27. März d. J. bezüglich der holstein-lauenburgischen Verfassungs-Angelegenheit gefassten Beschlusses zur Kenntniß der königl. dänischen Regierung zu bringen. Diese Note, welche von dem k. l. österreichischen Gesandten, Freiherrn v. Brenner, und von dem königl. preussischen Gesandten, Herrn v. Balan, unterm 15. v. Mts. an den königl. dänischen Minister des Aeußern, Herrn Hall, gerichtet worden ist, lautet, wie folgt: „Der Unterzeichnete ist beauftragt, Sr. Excellenz dem königl. dänischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten die folgende Mittheilung zu machen. — Die Höfe von Wien und Berlin (Berlin und Wien) haben es für ihre Pflicht erachtet, die durch die offizielle Veröffentlichung zu ihrer Kenntniß gekommenen Vorlagen der königl. dänischen Regierung an den Reichsrath, Veränderungen und Zusätze zum Verfassungs-Gesetze vom

2. October 1855 betreffend, der deutschen Bundesversammlung vorzulegen und derselben zugleich diejenigen Weisungen mitzutheilen, welche Oesterreich und Preußen unterm 14. Februar d. J. an ihre Gesandten in Kopenhagen gerichtet haben, und von welchen dem königl. dänischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten Abschrift seiner Zeit übergeben worden ist. Nachdem die Bundes-Versammlung von diesen Schriftstücken Kenntniß genommen, hat sie in ihrer 13. Sitzung vom 27. März d. J. folgende Beschlüsse gefaßt: „Die deutsche Bundes-Versammlung hat beschloffen: 1) in völliger Uebereinstimmung mit den von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen in Kopenhagen gethanen Schritten sich insbesondere der von denselben in den gleichlautenden Noten vom 14. Februar d. J. eingelegten Verwahrung anzuschließen; 2) die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen durch ihre Herren Gesandten zu erlauben, der königl. dänischen, herzogl. holstein-lauenburgischen Regierung durch ihre in Kopenhagen beglaubigten Gesandten hiervon Mittheilung zu machen.“ Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich (Königs von Preußen) entpricht ihrerseits diesem Ansuchen, indem sie in Vorliegendem den Wortlaut des Beschlusses und die darin enthaltene Rechtsverwahrung im Auftrage und Namen des Bundes der Regierung Sr. Majestät des Königs von Dänemark übergibt. Indem der Unterzeichnete sich hiermit des ihm gewordenen Auftrages entledigt, benutzt er u. u. c.“ (Die nun folgende Empfangsnote Herrn Hall's ist bereits bekannt.) Dem Antrage des Präsidiums, diese Mittheilung zur Kenntniß zu nehmen und an die vereinigten Ausschüsse zu überweisen, stimmten alle Gesandtschaften — mit Ausnahme jener für Holstein und Lauenburg, so wie für Lauenburg und Limburg, welche sich der Abstimmung enthielten — zu. Baiern erklärte: „Indem der Gesandte dem Präsidial-Antrage zustimmt, spricht er den Dank aus für die seitens der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen erfolgte bundesfreundliche Erfüllung des an sie gerichteten Erlausens.“

**Frankfurt a. M., 19. Mai.** [Vom Bundestage.] In der heutigen außerordentlichen Sitzung der Bundesversammlung erklärte der kurhessische Gesandte, daß seine Regierung die Wahlverordnung vom 26. April zurückziehe, indem sie den Bundesbeschlusse vom 13. Mai als ein Inhibitorium betrachte (bereits telegr. gemeldet). Das Präsidium nahm diese Mittheilung entgegen, indem es sich auf den Wortlaut jenes Beschlusses bezog. Kurhessen erklärte seine Bereitwilligkeit, die Commission zur Herstellung eines gemeinsamen Civilgesetzbuchs in Hannover, und die hannoverische Regierung gab ihre Geneigtheit zu erkennen, die Patentgesetzgebungscommission zu beschicken. Beide Großherzogthümer Mecklenburg erklärten ihre Bereitwilligkeit zur Annahme des gemeinsamen Maßes und Gewichts, falls die Nachbarstaaten zustimmten. Einige Vorträge in Militärangelegenheiten wurden erstattet und zwei Petitionen kurhessischer Wähler gegen die Wahlverordnung vom 26. April übergeben.

**Kassel, 19. Mai.** [Die telegraphischen Nachrichten über die nachgiebige Entschlieung] des Kurfürsten hinsichtlich der bekannten Wahlverordnungen sind nicht ganz genau und noch weniger erschöpfend. Nicht die einfache Zurückziehung der Verordnungen ist beliebt worden, sondern man hat sich noch langen Beratungen, wobei die Minister ziemlich verschiedene Ansichten geltend gemacht haben sollen, dahin entschieden, daß beim Bundestage die Erklärung abgegeben werde, man sei in der Unterstellung oder unter der Voraussetzung zur Sistirung der Wahlen bereit, daß der Bundestagsbeschlusse vom 13. Mai, welcher bekanntlich ein Ersuchen enthält, nicht als ein bloßer Wunsch, sondern als eine förmliche Auflage zu betrachten sei. Offenbar will sich also die Regierung auf eine „rechtliche“ oder thatsächliche Nothigung stützen können. Ob sie dies bloß mit Rücksicht auf den § 59 der Verfassung von 1860 wünscht, wonach die Kammer bis zum 8. Juli d. J. zusammentreten müßten, oder ob sie zugleich in Absicht hat, dem ganzen Vorgange und ihrem eingetragenen Verhalten, namentlich den Schritten Preußens gegenüber, eine streng bundesrechtliche respektive bundestägige Färbung und Bedeutung zu wahren, steht dahin, letzteres ist wohl das Wahrscheinlichste. Es taucht dann aber gleich die weitere Frage auf: hat der Bundestag, wie es in der „Allgemeinen Zeitung“ darzustellen versucht worden ist, wirklich einen zwingenden Befehl erlassen wollen? und war er dazu kompetent? Vermuthlich werden die Regierungen in dieser Hinsicht noch weniger einig sein, als am 13. März, so daß dann auch der Kurfürst wieder Grund hätte, noch zu zögern. Sei dem, wie ihm wolle, jeden Falles werden die Verfassungsanhänger nicht zürnen, wenn die Wahlen noch ihren Fortgang nehmen; denn mit jedem Tage stellt sich mehr heraus, wie unendlich gering die Zahl derer ist, welche sich für 1860 zu stimmen bereit finden lassen. Das ganze Manöver der Regierung kann schon jetzt als gescheitert betrachtet werden. (N. Z.)

### Italien.

**Rom, 14. Mai.** [Die Convocation zugleich Legitimist-Congress.] Der Papst erfuhr sich gegenwärtig der Huldigungen der angelangten Bischöfe, mit denen er am letzten Sonntage im Lateran gebetet hat. Morgen findet dies Gebet im Vatican, am 18. in S. Maria Maggiore statt. Mit jedem marceller Schiffe langen Bischöfe und sogenannte „Pilger“ aus der Fremde an. Man erwartet viele französische Bischöfe, und wer nicht kommt, schießt wenigstens seinen Vikar. Von Rußland kommen nur drei; aus Deutschland fünf oder sechs, und schon ist Ketelev von Mainz hier, welcher am Sonntag in der deutschen Kirche S. Maria dell' Anima eine fulminante Predigt über die jetzige Lage der Kirche gehalten hat. Auch andere deutsche Bischöfe werden dort predigen. Von Oesterreich sind bis jetzt 15 Erzbischöfe und Bischöfe angemeldet; das nächste Schiff bringt 19 spanische. Im Ganzen hofft man 310 oder 320 Bischöfe und Repräsentanten bischöflicher Stühle zu vereinigen. Rom wird demnach in kurzer Zeit die Physiognomie eines Nicäa anlegen, und bei dieser Feier offizieller Weise das europäische Lager der Legitimisten sein. Von allen Ländern Europas werden sie ankommen, hier ihren Congress zu halten und dem Papst wie Franz II. zu huldigen. Einer der Chefs dieser Richtung ist schon angelangt, Hr. Louis Veillot, ehemals Redacteur des „Univers“, und mit ihm kam auch der Redacteur des Journals „Le Monde“. Die Römer sehen mit Gleichgültigkeit die Zurüstungen zu diesem heiligen Drama, welches in die Gegenwart ihrer nationalen Bedürfnisse und Hoffnungen mittelalterlich fremd hineintritt, und den tiefen Widerspruch des Lebens nur um so greller macht, zu dem diese erlauchte Stadt durch das Schicksal verdammt worden ist. (Nat.-Z.)

### Frankreich.

**Paris, 18. Mai.** [Der Zug nach Mexiko.] Die Welt weiß also jetzt aus officieller Quelle, daß Louis Napoleon auf eigene Hand und eigne Kosten einen Thron in Mexico und zwar für die Habsburger errichten will. Die officielle „Patrie“ geht in ihrem Grimme gegen die Befehlshaber Englands und Spaniens so weit, daß sie das Verfahren derselben geradezu als Verrätherei zu brandmarken wagt; ihr

